

Beide am vergangenen Freitag und Samstag, besonders seitens der deutschen Senatoren. Auf den Vorschlag des Senators Kiehn, daß der Minister nicht anführe, was Deutschland in der Reparationsfrage geleistet habe, erwiderte der Minister, daß er gerne alles anerkenne, was Deutschland schon geleistet habe und den Mut der deutschen Politiker anerkennen müsse, die die Kraft hatten, in der schweren Lage, in der sich Deutschland befände, wenigstens das durchzuführen, was sie schon geleistet hätten. Leider sei das nicht genügend gewesen. Er stimme aber nicht mit der Ansicht überein, daß der Grundgedanke der französischen Reparationspolitik richtig sei. Er stimme mit Senator Kiehn darin überein, daß es im eigentlichen Lebensinteresse der tschechoslowakischen Republik liege, daß sich Frankreich und Deutschland einigten. Die tschechoslowakische Republik führe volle vier Jahre in diesem Sinne ihre auswärtige Politik. Die Errichtung einer solchen Einigung würde unzweifelhaft einen gewaltigen Vorteil für die Nationen der tschechoslowakischen Republik bedeuten.

In einem an den Generalstab Kommissar gerichteten Schreiben sagt der Vapst unter Bezugnahme auf die von ihm zu Versailles ausgesprochenen unbedingten Bitten um Frieden, die gegenwärtige ernste Lage sei der Vorläufer neuer Schmerzen, neuen Unglücks, neuer Kämpfe der Menschheit. Diese Lage veranlasse ihn zu der Bitte an alle Ständigen, Gott anzuflehen, er möge die Menschen vor neuen Peinigungen bewahren und die Völker und die Regierungen zur Liebe zurückführen.

Vertagung der französischen Interpellationsdebats.
Die französische Kammer hat am Schluß der gestrigen Sitzung auf Antrag des Ministerpräsidenten Poincaré mit 486 gegen 81 Stimmen beschlossen, die Erörterung der Interpellationen über die allgemeine Politik der Regierung, die morgen stattfinden sollte, zu vertagen, damit, wie Poincaré sich ausdrückte, die Regierung in Ruhe ihre friedliche Aktion zur Erlangung von Reparationszahlungen fortsetzen könne.

Der bayerische Ministerpräsident über die Verhängung des Ausnahmezustandes.

Im Staatshaushaltsausschuß des bayerischen Landtags legte gestern Ministerpräsident Dr. von Kulling in Anwesenheit des ganzen Staatsministeriums die Gründe für die Verhängung des Ausnahmezustandes aus. Er bezeichnete es als unwahr, daß von der Reichsregierung auf die bayerische Regierung ein Druck in der Richtung eines Einschreitens gegen die Nationalsozialisten ausgeübt worden sei und sagte, vielfach sei die Notwendigkeit des Ausnahmezustandes angezweifelt worden. Die nationalsozialistische Bewegung sei jetzt längerer Zeit in ein für die öffentliche Ordnung gefährliches Fahrwasser geraten. Der Ministerpräsident erinnerte an die verschiedenen nationalsozialistischen Ausschreitungen und an die Veranlassungen unzulässiger Durchmärsche durch den Stadtkreis, an die täglichen Demonstrationen vor dem Hotel „Der Fahndesiten“ und an die an Landfriedensbruch grenzenden Demonstrationen vor dem Hotel Grünwald. Durch den Ausnahmezustand sei der Allgemeinheit der Ernst der Lage klargemacht worden. Nur durch ihn habe sie auf die die öffentliche Ordnung bedrohenden Gefahren aufmerksam gemacht werden können. Wäre der Ausnahmezustand nicht verhängt worden, so hätten die geringsten Zufälle Anlaß zu einem verderblichen Brand geben können, und dies hätte eine schärfste Gefährdung der nationalen Einheitsfront bedeutet. Mit welchem Eindruck wäre eine solche Aussicht bei der deutschen Arbeiterklasse aufgenommen worden? Welchen Triumph hätte sie dem auf unser Verderben stinnenden Frankreich bereitet? Bayern Ansehen und guter Ruf wären endgültig erledigt gewesen. Der Ausnahmezustand sei für sorgfältiger Welle auf das rechtsrheinische Bayern ausgedehnt worden, weil auch an anderen Orten Zusammenkünfte mit Nationalsozialisten beobachtet werden mußten. Vielfach sei die Auffassung aufgetreten, als ob dieser schließlich doch alles erreicht habe. In Wirklichkeit verhalte sich die Sache anders. Hätte man den Ausnahmezustand nicht verhängt, so hätten sich die Nationalsozialisten zwei bis drei Tage lang als Herren von München gefühlt. In der Frage, ob der Münchener Polizeipräsident im Glauben, durch Entgegenkommen ein Ventil zu öffnen, ein zu weitgehendes Entgegenkommen bewiesen habe, erklärte der Ministerpräsident, daß der Polizeipräsident trotz sich plötzlich einem Frontwechsel fähiger gegenübergestellt habe. Worauf habe sich in ähnlicher Lage befunden, wie im Kriege eine Unterführung bei einer plötzlich geänderten Befehlslage. Gänzlich unrichtig sei es, wenn in der Öffentlichkeit die ganze Schuld an der Verhängung des Ausnahmezustandes auf den Staatsminister des Innern abgeladen und sein Rücktritt gefordert werde. Der Minister des Innern könne wegen der Geschehnisse nicht bestraft werden. In der letzten Zeit habe man die Staatsregierung auch angegriffen und ihr den Vorwurf gemacht, daß sie nicht im richtigen Sinne national sei. Für das Gesamtministerium nehme er in Anspruch, daß alle Mitglieder ebenso gut vaterländisch denken, wie nur irgend wer und in viel höherem Sinne als mancher, der das Wort „national“ ständig im Munde führe. Er lege darauf Wert, daß auch die vaterländischen Verbände der nationalen Bewegung der Staatsregierung rückhaltlos vertrauen und der Staatsregierung bei der Aufrechterhaltung der staatlichen Ordnung als verlässliche Helfer zur Seite stehen. Der Ministerpräsident schloß: Fort mit der Fingertat im Innern! Der Feind steht draußen am Rhein! Wenn er uns nicht emigriert, freud er die Gangarme noch weiter über das Land. Jeder wahre Deutsche darf jetzt nur einer Partei angehören, der gemeinsamen des Vaterlandes! (Lebhafter Beifall.)

Der Ausschuß beschloß hierauf, in die Besprechung der Erklärung einzutreten. Die Aussprache gestaltete sich teilweise außerordentlich lebhaft. Die Abgeordneten Feld von der Bayerischen Volkspartei und Dr. Silvert von der Mittelpartei erklärten, daß ihre Fraktionen der Verhängung des Ausnahmezustandes zustimmten. Die Abgeordneten Endres (Soz.) und Dr. Litz (Demokrat) verlangten Aufhebung des Ausnahmezustandes, ebenso der kommunistische Abgeordnete Kenderl. Von der Bayerischen Volkspartei ging ein Antrag ein, nach dem der Ausschuß die Erklärungen des Ministerpräsidenten billigt. Von der sozialdemokratischen Partei wurde die sofortige Aufhebung des Ausnahmezustandes beantragt, während die demokratische Fraktion einen Ergänzungsantrag stellte, den Ausnahmezustand aufzuheben, sobald es möglich ist. Ministerpräsident von Kulling erklärte, die Regierung werde von sich aus, sobald sie es verantworten könne, den Ausnahmezustand wieder aufheben. Schließlich wurden die Anträge der Sozialdemokraten und Demokraten abgelehnt und der Antrag der Bayerischen Volkspartei angenommen.

Der Völkerbundrat

hat sich am Mittwoch mit der Frage der aussergewöhnlichen Grenzregulierung befaßt und dann mit der Abrüstungsfrage. Es wurde beschlossen, die europäischen Staaten, die vor 1914 bestanden und deren juristisches Statut der Krieg nicht geändert hat, aufzufordern, dem Völkerbund Anträge über ihre militärischen Ausgaben zu unterbreiten. Es soll ferner eine internationale Konferenz einberufen werden, die das maritime Abkommen

von Washington auch auf die Mächte ausdehnt, die es nicht unterzeichnet haben. Die Konferenz soll unannounced für den Beginn der panamerikanischen Konferenz in Santiago.

Der Völkerbundrat nahm am Donnerstag vormittag in öffentlicher Sitzung den Bericht des Vorsitzenden des Interparlamentarischen Ausschusses Lord Balfour entgegen. Der französische, der italienische und der englische Vertreter teilten mit, daß ihre Regierungen mit Oesterreich wegen Abschluß von Handelsverträgen in Unterhandlungen stehen. Darauf sprach Dr. Seipel dem Völkerbund sein Vertrauen und seinen Dank aus.

Die französische Kammer über die Schiffahrt-Konvention.

Aus Paris wird gemeldet: Die Kammer hat sich am Donnerstag mittag mit dem Gesetzentwurf befaßt, der die französische Zustimmung zu dem am 22. Februar 1923 in Dresden zwischen Deutschland, Frankreich, Belgien, England und der Tschechoslowakei abgeschlossenen Schiffahrt-Konvention vorlegt. In der Aussprache führte Abgeordneter Guérand aus, die deutsche Regierung habe vor dem Abgange mit der Durchführung eines Programms der Entwicklung der Wasserwege in Deutschland begonnen, das während der Feindfeindschaften tätig gefördert worden ist und heute auf dem Wege des endgültigen Abschlusses steht. Dieses Programm, das den Zweck verfolgt, dem Ruhrgebiet ein vollendetes Netz von Verbindungen nach ganz Deutschland hin zu schaffen und die englische Kohle endgültig vom deutschen Markt zu vertreiben, werde Deutschland nicht weniger als 2, Milliarden Goldmark gekostet haben, die ebenso wie die 7 Milliarden, die für den Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte beigesteuert worden seien, eigentlich zu Reparationszwecken hätten verwendet werden müssen. Der Berichterstatter Abgeordneter Sibille schloß sich diesen Ausführungen an und unterließ im weiteren den internationalen Charakter der Abbe, die der Tschechoslowakei einen Zugang zum Meere verschaffen soll. Der Redner redet mit Verwunderung der Wirtschaftslage in mehreren europäischen Ländern, wenn man ihnen einen für Schiffe von über 1000 Tonnen ausnahmslos Wasserweg zur Verfügung stelle. Es handele sich um ein Problem, das man nicht auch die in Frankreich geplanten Verbindungen vom Rhein zur Rhone, vom Rhein zur Seine, sowie das Saargebiet und das Moselgebiet mit dem nordfranzösischen Wasserweg, gegebenenfalls auch mit dem Hafen von Antwerpen für Schiffe von 1000 Tonnen bis 1200 Tonnen einrichten soll. Was die Bestimmungen der Schiffahrt-Konvention anlangt, so sicherten sie die Freiheit der Schiffahrt auf den Flüssen und damit auch das tschechoslowakische Geschäftsgeheimnis und mäßigen die Beziehungen Frankreichs zu der alliierten Tschechoslowakei fördern. Die Kammer nahm den Gesetzentwurf an.

Die Lage inusanne.

Der Sonderberichterstatter der Komintern Savas meldet aususanne: Die vorgehende festgehaltene Spannung hielt am Donnerstag an. Die allgemeine verbreitete Meinung geht dahin, daß die Friedensbedingungen in den letzten Stunden sich merklich gebessert haben. Viele glauben sogar, der Friede könne innerhalb sehr kurzer Zeit unterzeichnet werden.

Der 1. Ausschluß der Vansanner Konferenz trat Donnerstag vormittag zu der angeordneten Sitzung über die Meerengenfrage unter Beteiligung der russischen Abordnung zusammen. Die Sitzung verlief völlig ergebnislos. Herr Pajko erklärte, daß die Türkei dadurch dem Frieden ein großes Opfer bringe, daß sie den Grundlag der Öffnung der Meerengen für die Handelsschiffe, unter gewissen Bedingungen auch für die Kriegsschiffe angenommen habe. Die Hauptvoraussetzung hierfür sei, daß im allgemeinen keine Beschränkung der Seestreitkräfte vorgenommen und daß auf Balkan eine türkische Garnison belassen werde. Tschitscherin protestierte lebhaft gegen die systematische Ausschaltung der russischen Abordnung bei den Beratungen über die Meerengenfrage. Das Projekt für die Meerengenabkommen sei daher einfach der Ausdruck eines fremden Willens, den man in Russland aufzuheben wolle. Für Russland bleibe also die ganze Frage ungelöst. Auf die Einzelheiten des Projektes eingehend, schlug er vor, daß die Seestreitkräfte, die die fremden Mächte im Schwarzen Meer unterhalten, nicht den Durchgang der Seestreitkräfte der Uferstaaten überschreiten dürften. Lord Curzon legte eingehend die Gründe dar, aus denen eine Beschränkung des türkischen Heeres in Thrakien und das Verbot einer Garnison in Gallipoli notwendig sei, und machte Tschitscherin für das Fernbleiben der russischen Abordnung von den Verhandlungen verantwortlich. Das Meerengenprojekt spiegelt im übrigen im größten Teil, ausgenommen einzelne Bestimmungen, auch die türkische Auffassung wider. Die alliierten Mächte wünschten lebhaft, daß Russland das Abkommen unterzeichnete, beständen aber nicht darauf, es den Russen auszuwingen. Tschitscherin beharrte bei seinen Einwendungen und verlas eine Erklärung, in der die russisch-ukrainisch-georgische Delegation feststellte, daß das Meerengen-Abkommen die Sicherheit und die Lebensinteressen dieser drei Länder bedroht und ihnen und den anderen Völkern neue Gefahren bringt. Die russisch-ukrainisch-georgische Abordnung ist davon überzeugt, daß das türkische Volk durch eine Fortsetzung des Kampfes sich von den gegenwärtigen Friedensbedingungen befreien könne, und sie weist darauf hin, daß der Vertrag von Ankara zwischen der Türkei und der Ukraine, der Artikel 1 des Moskauer Vertrags vom 16. März 1921 zwischen Russland und der Türkei, sowie der Vertrag von Kars zwischen der Türkei und der transkaukasischen Republik jeden Teil verpflichtet, keinen Friedensvertrag und keinen internationalen Akt anzuerkennen, der dem anderen Teile ausgenommen würde. Aus allen diesen Gründen lehne die russisch-ukrainisch-georgische Abordnung das Projekt der einladenden Mächte ab und besto ihre hartnäckigen Widerstand gegen die dadurch zum Ausdruck kommende Politik. Die Erklärung schloß mit den Worten: Es besteht gegenwärtig kein Abkommen mit Russland, der Ukraine und Georgien, es gab keine Verhandlungen mit ihnen, nicht einmal Versuche zu Verhandlungen. Unter diesen Umständen ist von keiner Entscheidung in der Meerengenfrage die Rede. Es gibt keine Entscheidung und wird nie eine Entscheidung ohne Russland geben. Wenn das Abkommen ohne Russland, die Ukraine und Georgien unterzeichnet wird, behalten diese Länder völlige Handlungsfreiheit. Selbst wenn gewisse Mächte dieses Abkommen ohne Russland, die Ukraine und Georgien unterzeichnen, bleibt die Meerengenfrage unerledigt. Nachdem Lord Curzon nochmals den Wunsch ausgesprochen hatte, daß Russland sein Interesse an der Unterzeichnung erkennen möge, wurde die Sitzung geschlossen.

Sächsischer Landtag.

Il. Dresden, 1. Februar 1923.
Den ersten Punkt der Tagesordnung der 14. Sitzung bildet die Beratung über den Gesetzentwurf über eine Erhöhung der Grundsteuer.
Finanzminister Seidel begründet die Vorlage: Die bitterste Not des Landes und der Gemeinden nötigt mich, vom Landtag zu fordern, daß die Grundsteuer den gegenwärtigen Verhältnissen angepaßt wird. Sie werden sich aber darauf gefaßt machen müssen, daß außerdem eine Erhöhung

der Grundsteuer und der Grundsteuer nach nötig machen wird. Sie denken mit einer Erhöhung der Grundsteuer auszukommen. Bei dieser Gelegenheit möchte ich Ihnen eine erfreuliche Mitteilung machen: Die haben heute die erste Seite unserer Wochenzeitung aufgelegt, was ein großer Erfolg ist. Ich hoffe, daß die Wochenzeitung wieder zu erscheinen, weil die Wochenzeitung schon abgesetzt war. Wir werden aber einen weiteren Teil der Woche zu denselben Bedingungen auf den Markt bringen.

Hg. Seidler (Soz.) weist auf einige Bedenken hin, die sich aus der Vorlage ergeben. Der Schatzwert der Grundsteuer sei nicht allenthalben für den Ertragswert maßgebend. Die Erhöhung der Grundsteuer solle für 3 Jahre gelten, man wolle aber nicht, daß nach 3 Jahren die Erhöhung eben so schnell der Entwicklung nach unten folgen werde. Die Steuer werde in weitem Umfang auf die Konsumenten abgewälzt werden und die Folge werde eine weitere Vertiefung aller Lebensbedürfnisse sein. Durch die Steuer würden die des Kleinverdieners verschont, das bedeute eine Verkürzung der Wirtschaft.

Hg. Schüller (Soz.): Die schrittweise Verteilung der Grundsteuer über 3 Jahre ist unangebracht. Der Verfall der Vorlage könne von den Verhältnissen im Lande nicht die richtige Vorlesung haben. Die Mieter beklagen sich über die Erhöhung der Grundsteuer, die Erhöhung der Grundsteuer sei eine Erhöhung der Grundsteuer. Diese Erhöhung widerspreche auch den modernen Bestrebungen des Wohnungsbaus. Seine Freunde hätten die schwersten Bedenken gegen die Vorlage.

Hg. Seidler (Soz.) widerspricht den Ausführungen des Hg. Seidler. Nachteilig sei es nicht, daß die des Kleinverdieners verschont würden, aber es werde s. B. in der Landwirtschaft nicht das Einkommen, sondern nur die Bodenrente von der Steuer erfaßt.

Hg. Seidler (Soz.): Als Dauererleichterung könne die vorgeschlagene Steuer nicht angenommen werden. Ganz bedenklich sei ihre rückwirkende Kraft. Es gebürten Sicherungen in das Gesetz, damit die Steuer auf die breitesten Grundlagen gelegt werden könne.

Hg. Seidler (Soz.): Seine Partei werde der Vorlage zustimmen, denn die Steuer werde nicht die schwersten Wirkungen haben, die Hg. Seidler befürchte.

Hg. Seidler (Soz.): Die Grundsteuer werde auf sämtliche Mieter umgelegt werden und gerade die Arbeiterfamilien werden nicht in der Lage sein, die rückwirkende Steuer zu tragen. Mit einer künftigen Erhöhung könnte man einverstanden sein. — Die Vorlage wird an den Rechtsausschuß überwiesen.

Dieselbe geschieht ohne Aussprache mit der Vorlage betreffend Änderung des § 88 der Reichsgewerbeordnung.

Der sozialdemokratische Antrag betreffend die Errichtung einer Haltestelle für den Arbeiterverkehr in Söbana an der Eisenbahnlinie Chemnitz-Bautzen befürwortet Hg. Frau Wagner. — Hg. Dr. Oßfmann (Soz.) befürwortet von der Errichtung der Haltestelle eine Veranlassung der Chemnitzer Straßenbahn. Der Antrag werde bei der Reichsregierung ausfindig sein. — Ministerialdirektor Dr. Altmann Die Aufwendungen für die Errichtung der Haltestelle würden sehr hoch sein. — Der Antrag findet Annahme.

Weiter steht zur Beratung der Gesetzentwurf über Aufhebung gesetzlicher Ferienvorschriften. — Hg. Seidler (Soz.) weist auf die Zunahme der Ferienwanderungsbewegung hin und auf die Schwierigkeiten, die Wanderer in einer bestimmten Zeit unterzubringen. Grenzüberschreitungen müßten erleichtert werden. An den Seminaren müßten Fahrerkurse für Ferienwanderungen eingerichtet werden. Das Meer an Ferien, die jetzt 85 Tage betragen sollen, wäre am zweckmäßigsten an die Seebäder anzuhängen. Bei der Ferienverteilung sollten die in Betracht kommenden Organisationen gehört werden. — Hg. Seidler (Soz.) bittet, schon bald nach Weihnachten die Gestaltung der Ferien bekannt zu geben. Das Gesetz wird nach der Vorlage einstimmig angenommen.

Die Beratung über die Eingabe des Sächsischen Philologenvereins zu Dresden gegen die Verlegung des Bezirksrats für Dresden I Oberbürgermeister Dr. Wüchel an das Lehrerseminar Dresden-Johannstadt wird auf Antrag Dr. Seidler (Soz.) trotz des Widerspruchs der Deutschnationalen durch Hg. Seidler wiederum von der Tagesordnung abgesetzt.

Nächste Sitzung Dienstag, den 6. Februar 1923: Wahl des Ministerpräsidenten.

Kommunistischer Parteitag.

In der Rede über die Einheitsfront des Proletariats bezeichnete Brandler die Einmünder der Opposition als „Auerlich schwach“ und befürwortete noch einmal das Zusammengehen mit der Sozialdemokratie, für deren Tätigkeit er sehr anerkennende Worte fand. Er verlangte Einstellung der Taktik auf die Wirklichkeit und nicht auf gedankelose Phrasen. Was die Opposition als Stabilismus anpreist, sei in Wahrheit Angst und Flucht vor den Tatsachen. — Nur nach Niederwerfung der deutschen Bourgeoisie könne die Vertreibung der Franzosen und die Aushebung des Versailles Friedens erreicht werden. Die landesverräterische Bourgeoisie müsse alle Kosten des Zusammenbruchs tragen. Erst wenn die Bourgeoisie befeitigt wäre, würden die französischen Arbeiter und Soldaten sich gegen ihre nationalsozialistische Regierung wenden. (Stürmischer Beifall.) Die Vertikale der Zentrale zur Taktik der Einheitsfront, die der von Brandler vertretenen Ansicht entsprachen, wurden mit Zweidrittelmehrheit angenommen, wodurch die Anträge der Berliner erledigt waren.

Ueber die Kommunalpolitik der Partei sprach Sak. In seinem Schlusswort stellte der Vorsitzende Wöckner-Beipig noch einmal fest, daß die linksradikale Richtung von der überwältigenden Mehrheit der Partei entschieden abgelehnt sei. Wir stehen am Vorabend eines schicksalhaften Würfels; die Kommunisten werden in der vorberstehenden Kampflinie stehen. Wir werden alle Kraft in die Förderung der Betriebsrätebewegung setzen. Die politische Offensive gegen den Kapitalismus muß sofort einleiten. — Siebend gelobte die Verammlung Unterstützung für Sowjetrußland. Mit einem Hoch auf die Kommunistische Internationale und dem Gesang der Internationale wurde der Parteitag geschlossen.

Das Grubenunglück in Oberschlesien.

Aus Wenschen wird gemeldet: Die Bergungsarbeiten auf der Heintzgrube werden ohne Unterbrechung fortgesetzt. Die Zahl der Toten erhöhte sich auf 118, vermisst werden noch 24 Mann. Von den in das Knappschafts-Krankenhaus eingeliefertten konnten bis jetzt 109 entlassen werden. Ueber die Entschuldigungsverhältnisse des Unglücks ist bis jetzt noch nichts ermittelt.

Im dem Grubenunglück wird noch gemeldet, daß die Explosion Mittwoch früh auf dem Abbaufeld bei Birkenhain erfolgte. Die Explosion war so stark, daß die Grubenlampen erloschen. Die Regierung von Oppeln hat zur Befreiung von Lebensmitteln für die von dem Unglück betroffenen Familien eine Million Mark zur Verfügung gestellt. Der sächsische Ministerpräsident hat zur ersten Hilfeleistung für die Opfer des Grubenunglücks in der Grubenunglück den Betrag von 2 Millionen Mark abgemittelt.